Seite 8

Weinbrände, Originalfüllungen bester Klasse, ausgesucht f. Auswahl
C. Spielhagen, Weingrossh., Hauptgesch. Annenstr. 9, Fil. Bautzn. Str. 9

Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatl. 18000,— M., durch die Post bezogen monatl. 18000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 5000,— M. Einzelnummer 1000,— M. Sonnabendnummer 1500,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 2500,— M., auswärts 3000,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 12000,— M., auswärts 14500,—, Ausland 10000 u. 20000 M. Bei mehrmalig. Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeig., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 1000 M.

Nr. 175 | Dresden, Montag den 30. Juli 1923 | 34. Jahrg.

Die Reichsregierung besinnt sich

Reichspräsident und Reichsregierung haben folgende Kundgebung erlassen:

Zu der schweren Bedrückung und Entrechtung, der die besetzten Gebiete am Rhein und an der Ruhr ausgesetzt sind, gesellt sich dort, wie im nichtbesetzten Deutschland steigende Wirtschaftsnot.

Bis zum heutigen Tage verhindert Frankreich jede Lösung der Reparationsfrage, die Deutschland auch nur das Leben läßt. Durch den Einbruch ins Ruhrgebiet hat es die Wirtschafts- und Finanzkraft Deutschlands aufs schwerste getroffen und erschüttert; so ist Deutschland zu einer ungeheuerlichen Vermehrung der Zahlungsmittel gegen seinen Willen gezwungen. Eine unerhörte Entwertung des Geldes ist die Wirkung. Dazu kommen eben jetzt, am Ende des Erntejahres, natürliche Schwierigkeiten der Ernährungsversorgung, die sich in diesem Jahre, da die Ernte um mehrere Wochen verspätet ist, verschärfen. Alle diese Nöte führen zu schweren körperlichen, schweren seelischen

Leiden der Bevölkerung.

Zwar kann auch nach dem Zeugnis unbefangen urteilender Politiker und Sachverständiger des Auslandes, auch in den Gläubigerstaaten, Deutschland zu einer wirklichen Gesundung der Verhältnisse nur durch eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage kommen. Bis dahin aber muß und wird das deutsche Volk sich aus eigener Kraft aufrecht erhalten. Die deutsche Regierung wird fortfahren, alle irgendmöglichen Maßnahmen zu treffen, die dieses Ziel zu erreichen helfen. Zunächst gilt es,

die Finanzen des Reiches zu stärken, um der ungeheuerlichen Entwertung des Geldes Einhalt zu tun.

Bei der Einkommensteuer ist bereits durch entsprechende Vorauszahlung dafür gesorgt worden, daß nicht nur von den Lohnsteuerpflichtigen, sondern auch von den übrigen Einkommensteuerpflichtigen schon während des Veranlagungsjahres die Steuer, entsprechend der Geldentwertung geleistet wird. Nach einem den gesetzgebenden Körperschaften zugehenden Gesetzentwurf sollen auch die Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer so gestaltet werden, daß sie der Geldentwertung folgen. Die Börsenumsatzsteuer ist vor kurzem verdoppelt worden. Bei den Verbrauchssteuern sollen zur Erzielung ihres raschesten Eingangs die erst jüngst vom Reichstag verkürzten Fälligkeitsfristen auf das geringstmögliche Maß gemindert werden. Dem Reichsrat ist bereits ein Gesetzentwurf zugegangen, der als Opfer für Rhein und Ruhr auf breitester Grundlage von allen Leistungsfähigen im unbesetzten Deutschland durch Vervielfachung der bereits der Geldentwertung angepaßten Einkommensteuervorauszahlungen große Anforderungen erfordert. Diese Maßnahmen werden dem Reiche rasch sehr erhebliche Geldmengen zuführen. Die Ausgabe einer

wertbeständigen Anleihe

soll breitesten Volkskreisen die Möglichkeit bieten, das Sparbedürfnis zu befriedigen, sich gegen Entwertung zu sichern und so auch dem ungesunden Ansturm auf Warenvorräte und Devisen entgegenwirken. Die auf dem Gebiete des Devisenverkehrs beschlossenen Maßnahmen werden dahin wirken, daß Devisen in stärkerem Umfange als bisher dem Reiche zufließen und so für unentbehrliche Einfuhr, insbesondere von Lebensmitteln reichlicher zur Verfügung gestellt werden können. Einfuhr überflüssiger Luxuswaren wird nach Möglichkeit gehemmt werden. Die

Anpassung der Löhne und Gehälter an die Geldentwertung

ist bereits gesichert und wird weiter festgehalten werden. Die Reichsbank hat Maßnahmen beschlossen, die grundsätzlich die Frage des Goldkredits der Lösung näher bringen.

Die hiermit kurz gekennzeichneten Maßnahmen werden, soweit sie der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften bedürfen, von diesen voraussichtlich im Laufe der nächsten zwei Wochen verabschiedet und sofort in Kraft gesetzt werden. Wenn auch nicht bei jeder dieser Maßnahmen die Wirkung sogleich fühlbar sein wird, als Gesamtergebnis wird, soweit es an der deutschen Regierung liegt, dadurch eine Entspannung der Wirtschaftslage eintreten.

Das deutsche Volk wird mit diesen Maßnahmen sich selbst in seinem Kampfe um Leben, Recht und Freiheit Halt und Stütze geben und zugleich den Beweis erbringen, wie stark sein Wille ist, sich trotz aller auf ihm lastenden schweren Not in diesem Kampfe entschlossen zu behaupten. Angriffe gegen die staatliche Ordnung können die Lage nicht bessern, sondern nur den Weg zur Genesung erschweren. Das deutsche Volk will von solchen Störungen nichts wissen. Es will leben, arbeiten und seine staatliche Ordnung bewahren, die es sich selbst in der Zeit schwersten Unglücks aus eigenem Willen gegeben hat. Große und schwere Pflichten obliegen allen Ständen. Im Vordergrund steht

die Sicherung der Ernährung.

Für die Landwirtschaft und den Handel ist es darum staatsbürgerliche Pflicht, so schnell als möglich und in weitestem Umfange die Ernteerträge dem Verbrauch zukommen zu lassen. Die Lohn- und Gehaltsbemessung von Arbeitern und Angestellten muß die Ernährung und Erhaltung der Familie ermöglichen. Auf allen Männern und Frauen des ganzen Volkes liegt die Pflicht, in klarer Besinnung die tägliche Arbeit fortzuführen und in allen Sorgen und Kümmernissen der Gegenwart die Ruhe und Ordnung des Staates als die Grundlage des künftigen Aufstiegs unsres Volkes zu bewahren. Allen endlich, die im politischen Leben der Parteien, in der Presse oder sonst im öffentlichen Leben tätig sind, obliegt es, das ihre zutun, um unser Volk stark zu machen in der Erkenntnis der Ursachen und der Notwendigkeiten unserer Lage wie im Entschlusse des Ausharrens. Dienst am Vaterland ist die beste Gewähr für das Wohl des einzelnen.

Für Deutschland haben unsre Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr Ungeheures auf sich genommen. Sie mögen uns Vorbild sein! Wir würden sie verraten, wenn wir vom geraden Wege der Pflicht abließen. Wie sie, müssen wir ihn gehen für Leben, Frieden und Wohlfahrt unsres Volks, für die Freiheit Deutschlands.

Der Reichspräsident. gez. **Ebert**
Der Reichskanzler. gez. **Cuno.**

Die Reichsminister: **v. Rosenberg. Oeser. Hermes. Becker. Brauns. Heinze. Geßler. Stingl. Groener. Luther. Albert.**

*

Der Aufruf und das darin verkündete Programm kommen sehr spät, wahrscheinlich zu spät. Das Vertrauen zur Regierung ist tief erschüttert nicht nur in den ihr von Anfang an fernstehenden sozialdemokratischen Kreisen, sondern auch, wie wir seit kurzem wissen, in den Parteien, auf die sie sich stützt. Das führende Zentrumsblatt, die Germania, hat in aller Oeffentlichkeit Angriffe von außerordentlicher Schärfe gegen sie geschleudert, und diese Angriffe haben in der Presse viel Zustimmung, nirgends aber überzeugte Zurückweisung oder gar sachliche Widerlegung gefunden. Die Frage, ob es dem Kabinett Cuno unter solchen Umständen überhaupt noch gelingen kann, seine wankende Stellung neu zu befestigen, wird allgemein erörtert.

Die Führer der Arbeitsgemeinschaft der Mitte hielten gestern nachmittag eine Besprechung. Was sie über sie veröffentlichen wollen, steht natürlich bei ihnen, wir haben aber Grund zur Vermutung, daß der Artikel der Germania dort eben keinen Freudensturm erregt hat. Man ist von dem Wunsche beherrscht, das Ruhende nicht zu bewegen und empfindet aus außen- und innerpolitischen Gründen vor einer Regierungskrise Grauen. Trotzdem bleibt die Frage, ob eine Reichsregierung von einem kaum noch aufbringbaren rein fiktiven Vertrauen ihr Dasein fristen kann, bestehen.

Sachlich hat der Regierungsaufruf recht, wenn er als letzte entscheidende Ursache unsrer schweren Wirtschaftsnot die ungelöste Reparationsfrage und die Ruhrbesetzung hinstellt. Zweifellos zielen in Frankreich starke Kräfte darauf hin, Deutschland durch die Zerrüttung seiner Wirtschaft und das Elend seiner Bevölkerung zur Kapitulation zu zwingen. Aber hat die Reichsregierung alles getan, um dieses Bestreben nach Kräften zu durchkreuzen, und hat sie es rechtzeitig getan? Darauf gibt der Regierungsaufruf selbst die Antwort, indem er im siebenten Monat der Ruhrbesetzung ein Finanzprogramm entwickelt, das mindestens schon in den ersten Tagen der Besetzung fertig hätte dastehen müssen.

Auf finanz- und währungspolitischem Gebiet läßt der Aufruf die notwendige und von der Sozialdemokratie oft geforderte Energie bei der Sanierung der Reichsfinanzen, bei der Umstellung der Kreditpolitik der Reichsbank auf Goldgrundlage und in der Devisenpolitik vermissen. Vergeblich sucht man nach Bestrebungen zur Schaffung eines Devisenfonds für die Markstützung, wie ihn die Sozialdemokratie gefordert hat. Die Finanzmaßnahmen, im Prinzip gut gemeint, sind sogar in vielfacher Beziehung als durchaus unzulänglich zu bezeichnen. Die Goldanleihe ist selbst nach bürgerlichem Urteil derart angefaßt, daß, wie das Berliner Tageblatt meint, „man zu glauben veranlaßt ist, ihre Urheber wollten den Gedanken der Goldanleihe sabotieren, statt ihn tatsächlich für die Wirtschaft fruchtbar zu machen". Die Finanzmaßnahmen, die, um wirksam zu sein, sofort große Reichseinnahmen schaffen müßten, bringen, wenn sie überhaupt Erfolg haben sollen, allenfalls in mehreren Monaten Erleichterungen für den Reichshaushalt!

Wenn auch sorgfältig der Schein erweckt wird, als ob die in der Form ähnlich klingenden Zusagen der Regierung sich mit den Forderungen der Sozialdemokratie decken, so läßt sich das bei näherem Zusehen nicht mehr feststellen. Hätte die Regierung rechtzeitig das Notwendige getan und wären die jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen ausreichend, so würde auch der Ruf nach Besonnenheit, den sie erhebt, stärker wirken. Er bleibt aber angebracht, gleichviel aus welchem Munde er kommt. Jede Nachfolgerin der gegenwärtigen Regierung würde ihn ebenso erheben müssen. Das Volk hat diesen Reichstag gewählt, der der Regierung Cuno bisher das Leben gelassen hat. Das Volk hat das Recht, laut seine Stimme zu erheben und den Parteien zu sagen, was es von ihnen erwartet. Aber es muß vor Handlungen gewarnt werden, mit denen es nicht der Regierung Cuno, sondern nur sich selber wehe tun würde.

Daß der Aufruf der gegenwärtigen Regierung auf die Massen der Sozialdemokratischen Partei eine besonders starke Wirkung ausüben werde, kann man bei der Stimmung, die in ihnen herrscht, kaum erwarten. Für sie ist aber auch die Mahnung am allerwenigsten notwendig, da sie auch ohne sie Besonnenheit und Disziplin zu wahren wissen werden.

Der Dresdner Lederstrumpf

Ueber 80 Verhaftungen nationalistischer Waffenträger

Gestern fand im hiesigen Ausstellungspalast die 50-Jahrfeier des Sächsischen Militärvereinsbundes statt. Aus Kommunistenangst hatte der Bürgerrat den General Merker oder irgend einen andern prominenten Führer der Bürgerlichen vor 14 Tagen um Schutz dieser Jahresfeier gebeten. Man hörte auch von einem freiwilligen Angebot, das der Anfang Mai im Hotel Bristol gegründete „bürgerliche Ordnungsdienst" gemacht haben sollte. Jedenfalls hatte dieser Ordnungsdienst durch Vermittlung des Generals für das Fest **120 bewaffnete jüngere Leute** gestellt.

Die Polizei fuhr zu gelegener Zeit vor der Ausstellung vor und es gelang ihr, **über 80 „Diensthabende", die in verschiedenen Restaurants untergebracht waren, festzunehmen und abzutransportieren.** Unter den Verhafteten befindet sich auch der sich jetzt „Direktor" nennende Major a. D. Löffler, der Führer des auch neuerdings gegründeten bürgerlichen „Ladenschutzes". **Die jungen Leute gehören meist einer der folgenden Organisationen an: Jungdeutscher Orden, Jungsturm, Peruaner Auswanderungsgesellschaft.** Letztere trieb früher auf dem Heller unter Leitung ihres mitverhafteten Vorsitzenden Möjer **militärische Uebungen,** angeblich, um die Angehörigen **für den Kampf mit den feindlichen Indianern auszubilden,** aber der ganze Auswandererverein scheint **nur eine Attrappe für die bürgerlichen Faschisten und ihre Mordpläne zu sein.**

Bei diesem „Ordnungsdienst" wurde nicht nur eine Menge **Gummischläger** (Einkäufer: Löffler) gefunden, sondern auch mehrere **Revolver, Seitengewehre, Dolche,** Schlagringe, Stahlschläger, sogar die gefährlichen **Totschläger** und ein Hammer. Die Besitzer waren nicht sämtlich festzustellen, da sie die Waffen zum Teil im Gedränge der Verhaftung tapfer fallen ließen. Die Vernehmungen fanden heute statt. Eine Anzahl der Sistierten wurde wieder entlassen, **eine Anzahl, darunter Löffler, der Staatsanwaltschaft zugeführt.**

Von wem die „Lederstrümpfe" finanziert werden, hat sich noch nicht zweifelsfrei feststellen lassen, jedoch sind Industrielle und große Geschäftsleute bestimmt dabei beteiligt.

Die Verhafteten samt der famosen Peruaner Einwanderer-Gesellschaft machen den Versuch, ihre Rüstungen den Peru-Indianern in die Mokassins zu schieben. Damit bezeugen sie aber höchstens, daß sie Coopers Lederstrumpf gelesen haben — glauben wird ihnen diese abenteuerliche Ausflucht kein Mensch!

* * *

Das Presseamt des Polizeipräsidiums teilt zu den Verhaftungen mit: Am 29. Juli 1923 fand im Ausstellungsgelände die Feier des 50jährigen Bestehens des Militärvereinebundes statt. Um sich gegen befürchtete Bedrohungen durch die Kommunisten zu schützen, war von der Leitung der vom bürgerlichen Ordnungsdienst angebotene Schutz angenommen worden. Diese Organisation ist, wie vom Polizeipräsidium schon vor dem 29. Juli 1923 festgestellt worden war, mit Gummischlägern bewaffnet. Es lagen Nachrichten vor, daß auch am 29. Juli 1923 die nach der Ausstellung abgeordneten Angehörigen des Ordnungsdienstes bewaffnet sein würden, sich also nach § 127 des Strafgesetzbuchs, Bildung eines bewaffneten Haufens, strafbar machten. Deshalb griff die Polizei ein und nahm die Sistierung der Ordnungsdienstteilnehmer zur Erforschung des Sachverhaltes vor. Die bisherigen Erörterungen, die noch nicht abgeschlossen sind, ergaben, daß eine größere Anzahl mit Gummischlägern, Revolvern, scharf geschliffenen Dolchen, Hämmern, Stahlschlägern, Seitengewehren usw. bewaffnet gewesen ist.

Die Pflicht der Partei

Von Hermann Müller, Franken

Im Vorwärts vom Sonnabend äußert sich Genosse Hermann Müller über die kritische Situation, in der sich Volk und Regierung befinden, und macht auf die Konsequenzen aufmerksam, die ein Sturz der Regierung Cuno für die Sozialdemokratie zeitigen müßte. Wir haben uns in der Dresdner Volkszeitung vom Freitag bereits zu dieser Eventualität geäußert und dort auch die Bedingungen skizziert, die die Sozialdemokratie für die weitere Unterstützung jeder irgendwie gearteten Regierung stellen müßte. Hermann Müllers Artikel, von dem wir nachstehend den wichtigsten Teil wiedergeben, geht dieser Frage leider aus dem Wege. Wenn ein Parteivorstandsmitglied zu der heranziehenden Regierungskrise Stellung nimmt, wäre es wünschenswert, daß er auch die Forderungen, die unsre Partei zu stellen hat, deutlich heraushöbe. Er hätte sich dafür Späße schenken können, wie die Gegenüberstellung von Stresemann und Levi, Späße, von denen ohnehin niemand weiß, was sie zur Situation besagen sollen.

Die parlamentarischen Verhältnisse haben sich nicht vereinfacht, seit als Folge der Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft gebildet wurde, die heute einheitlich auftritt. Früher konnten Sozialdemokratie und Zentrum in vielen Fragen leicht in Verhandlungen zu einer Mehrheitsbildung kommen; heute ist das erschwert, weil das Zentrum bei den andern Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft erst anfragt und mit ihnen debattiert. Ich verkenne nicht, daß auch die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft unter dem parlamentarischen Regime für die Führung der Politik ihre Vorteile hat. Wenn die Deutsche Volkspartei unter Führung von Stresemann heute zum bestehenden Staat, das heißt zur Republik, eine andre Einstellung hat, als das noch in der Nationalversammlung der Fall war, so ist das ein Vorteil. Auch in der Frage der Erfüllungspolitik — und ohne Erfüllungspolitik kann in Deutschland die nächsten Jahrzehnte keine Politik getrieben werden — haben die in und mit der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft geführten Verhandlungen nützliche Ergebnisse im Interesse der Republik gezeitigt. Auch darauf muß hingewiesen werden, weil besonders empfindsam veranlagte Sozialdemokraten es als Unverschämtheit charakterisieren, wenn Stresemann in seinem Zentralvorstand der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die derzeitige Führung der Sozialdemokratie die Partei zum nationalen Sozialismus erziehe. Wir bedauern es lebhaft, daß der Abgeordnete Stresemann es noch nicht begriffen hat, wie wenig national und international sich ausschließen und, um gleich noch etwas zu sagen, daß die Sozialdemokratie den Klassen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230730/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG